

Sehenden Auges: Auf der Suche nach der Zukunft, die wir schaffen wollen

Strehlow, Lena; Strothmann, Philip

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Strehlow, L., & Strothmann, P. (2009). Sehenden Auges: Auf der Suche nach der Zukunft, die wir schaffen wollen. *360° – Das studentische Journal für Politik und Gesellschaft*, 4(2), 10-15. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-76458-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

SEHENDEN AUGES

AUF DER SUCHE NACH DER ZUKUNFT, DIE WIR SCHAFFEN WOLLEN

Das Konzept nachhaltiger Entwicklung hat in den letzten Jahrzehnten eine rasante Karriere hingelegt. Es wirft Licht auf konkrete Handlungsoptionen und Schatten auf eventuelle Zielkonflikte. Und wurde zugleich verdammt als inhaltsleere *catch-all phrase*, als Wohlfühlrhetorik und Ablenkungsmanöver. Dennoch bleibt die Nachhaltigkeitsidee ein Hoffnungsträger unserer Zeit.

Aufschlag: Lena Strehlow und Philip Strothmann



Wir schreiben das Jahr 1713. Nach dem Tod seines Vaters Friedrich I. wird Friedrich Wilhelm I. zum König Preußens gekrönt. In Europa werden Kriege gefochten und Friedensverträge geschlossen. Daneben nimmt sich ein anderes Ereignis geradezu unscheinbar an: Hannß Carl von Carlowitz veröffentlicht die erste Monografie über die Forstwirtschaft: *Sylvicultura oeconomica*, oder *hauswirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht*. Darin fordert er eine „continuirliche und nachhaltige Nutzung“ der Wälder, um – angesichts des steigenden Bedarfs im Bergbau – der grassierenden Sorge vor einem Holzmangel zu begegnen. Eine nachhaltige Holzproduktion solle die „Holzsparkünste“ verfeinern, verstärkt auf das „Säen und Pflantzen der wilden Bäume“ setzen und „Surrogata“ finden. Heute würde man sagen: die Ressourcen-

effizienz steigern, in Naturkapital investieren und für den Werkstoff Holz Substitute oder Recyclingmöglichkeiten finden.

Oftmals wird als Begründer der forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeitsidee allerdings der nachgeborene Georg Ludwig Hartig genannt, ein erfolgreicher Forstwissenschaftler seiner Zeit. In einem Lehrbuch fasst er 1791 den Wissensstand im Waldbau zusammen und ergänzt ihn vier Jahre später um eine *Anweisung zur Taxation und Beschreibung der Forste*. 1804 erscheint die berühmt gewordene Neuauflage. Es sind bewegte Zeiten: Im selben Jahr krönt sich Napoléon zum Kaiser Frankreichs, das österreichische Erbkaisertum wird begründet und die Weltbevölkerung umfasst erstmals mehr als eine Milliarde Menschen. In der Neuauflage

seines Handbuchs trifft Hartig die folgenschwere Feststellung: „Es läßt sich keine dauerhafte Forstwirtschaft denken und erwarten, wenn die Holzabgabe aus den Wäldern nicht auf Nachhaltigkeit berechnet ist. Jede weise Forstdirektion muß daher die Wäldungen des Staates ohne Zeitverlust taxieren lassen und sie zwar so hoch als möglich, doch so zu benutzen suchen, daß die Nachkommenschaft wenigstens ebenso viel Vorteil daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet.“ Damit nimmt Hartig ein wesentliches Element des modernen Verständnisses von Nachhaltigkeit vorweg: die intergenerationelle, also generationenübergreifende Gerechtigkeit bei der Ressourcennutzung. Hartigs sehr strikte Vorstellungen von der Berechenbarkeit des optimalen Holzeinschlags sind damals allerdings ebenso umstritten wie heutige Versuche, eine nachhaltige Entwicklung mit statistischen Methoden zu erfassen.

Vielleicht kann sich die Idee der Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft deshalb so früh etablieren, weil die langsamen Wachstumsraten der Bäume und die langen Regenerationszeiten der Bestände diese Branche seit Jahrhunderten dazu anhalten, in Mehrgenerationenzeiträumen zu denken: Schon im 15. Jahrhundert sollten erste Schutzverordnungen die regionale Holzproduktion absichern. Allgemein bekannt wird der Nachhaltigkeitsbegriff jedoch erst im 20. Jahrhundert.

Wachsende Umweltprobleme wie saurer Regen oder Wasserverschmutzung ziehen im Laufe der 1960er Jahre in den Industriestaaten die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit auf sich. 1972 hält die Umweltpolitik endgültig Einzug in die Arena der internationalen Kooperation: Der Bericht *Die Grenzen des Wachstums* von Donella und Dennis L. Meadows an den Club of Rome verstärkt weltweit die Sorge vor einem baldigen Kollaps. Als Ergebnis der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen (UNCHE) in Stockholm wird das junge Politikfeld auch institutionell aufgewertet – mit einem eigenen Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Die Abschlusserklärung der UNCHE stellt bereits einen engen Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Lebensstandard beziehungsweise Chancengleichheit her. Auf einer Nachfolgekonferenz wird 1983 die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) gegründet. Den Vorsitz der unabhängigen Expertenkommission übernimmt die frühere Umweltministerin und damalige Ministerpräsidentin von Norwegen, Gro Harlem Brundtland. Ihr Auftrag ist es, eine Perspektive für umweltverträgliche, dauerhafte Entwicklung

über das Jahr 2000 hinaus zu entwickeln. Im Jahr der *Perestroika* und des Inkrafttretens der Einheitlichen Europäischen Akte ist es soweit: 1987 veröffentlicht die WCED ihren Zukunftsbericht *Unsere gemeinsame Zukunft*.

Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung

Der auch als ☉ Brundtland-Bericht bekannt gewordene Report prägt die anschließende Debatte mit seiner Definition nachhaltiger Entwicklung. Sie ist, so führt der Report aus, zu verstehen als Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“ Diese Begriffsbestimmung hat es in sich: Sie verlangt, Zukunftsrisiken zu vermeiden und im Zweifelsfall präventiv zu handeln, um die Handlungsoptionen der Nachgeborenen zu schützen. Und sie stellt inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit gleichberechtigt nebeneinander. Niemand kann also ausgerechnet von den Ärmsten verlangen, ihre Grundbedürfnisse mit Rücksicht auf kommende Generationen hintanzustellen. In der Pflicht stehen vielmehr die Reichen und Wohlhabenden – global betrachtet also die Industrieländer. Damit greift die Brundtland-Kommission den Kompromiss von Stockholm auf, oft zusammengefasst in der Formel „poverty is the biggest polluter“. Schon auf der UNCHE waren die Interessen der Industrieländer mit denen der Entwicklungsländer in Konflikt geraten: Die Absicht, internationale Umweltschutzmaßnahmen zu verabreden, kollidierte mit dem Ziel nachholender Entwicklung. Der Schutz der Umwelt wurde als bloßer Vorwand kritisiert, Entwicklungshemmnisse für den globalen Süden aufzubauen. Den Stockholmer Kompromiss, Armutsbekämpfung und Umweltschutz zu verbinden, hatte das UNEP in den 1970er Jahren zur Entwicklungsstrategie des sogenannten Eco-Development weiterentwickelt. Die sozio-ökonomischen Ursachen umweltschädigenden Verhaltens thematisierte diese Strategie allerdings kaum.

Der Brundtland-Bericht hingegen identifiziert als Triebfedern der globalen Umweltkrise Armut, wachstumsbedingten Ressourcenverbrauch und die Wirtschaftskrise der Entwicklungsländer: eine Bedrohung für die gesamte Menschheit. Der Report fordert Verhaltensänderungen, um – im Rahmen der natürlichen Grenzen

des globalen Ökosystems und mithilfe wirtschaftlichen Wachstums von neuer Qualität – eine sozial und wirtschaftlich sicherere Zukunft zu schaffen. Die später als „Drei Säulen der Nachhaltigkeit“ bezeichneten Teilsysteme Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft befruchten sich in diesem (optimistischen) Verständnis gegenseitig. Mit diesen Botschaften gelingt es der WCED, die internationale Debatte zu Umwelt und Entwicklung wiederzubeleben. Der Bericht wird nicht nur 1987 in London und 1988 in Mailand auf internationalen Konferenzen diskutiert, sondern gibt zudem den Anstoß für den sogenannten Erdgipfel in Rio de Janeiro: Genau 20 Jahre nach der ersten internationalen Umweltkonferenz sollen die Forderungen und Vorschläge des Brundtland-Berichts auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in verbindliche Verträge und Konventionen überführt werden.

Auf einem Auge blind?

Im selben Jahr geht die Apartheid in Südafrika offiziell zu Ende und die Intervention in Somalia als erster humanitär motivierter Truppeneinsatz unter UN-Mandat in die Geschichtsbücher ein. Für die Nachhaltigkeitsdebatte ist es das Jahr ihres vorläufigen Höhepunkts. Auf dem Erdgipfel sollen verbindliche politische Vorgaben erarbeitet werden. Die Ergebnisse bleiben zwar hinter den hochfliegenden Erwartungen zurück, umfassen jedoch fünf Dokumente, die in den darauffolgenden Jahren die internationale Zusammenarbeit prägen: die Konventionen zum Klimaschutz und zur biologischen Vielfalt, die Wald- und die Rio-Deklaration sowie die ☉ Agenda 21. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich ein detailliertes Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Weltweite nachhaltige Entwicklung ist das gemeinsame Ziel der 40 Kapitel die in vier Teile gegliedert sind: soziale und wirtschaftliche Dimensionen, Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung, Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen und Möglichkeiten der Umsetzung. Diese Gliederung deutet bereits an, welche zentrale Rolle der Zivilgesellschaft

bei der Umsetzung zugewiesen wird. Obgleich zunächst die nationalen Regierungen in der Pflicht stehen, sollen Nichtregierungsorganisationen und andere Institutionen ebenfalls eingebunden werden. Das gilt insbesondere für die Kommunen im Rahmen der sogenannten Lokalen Agenda 21.



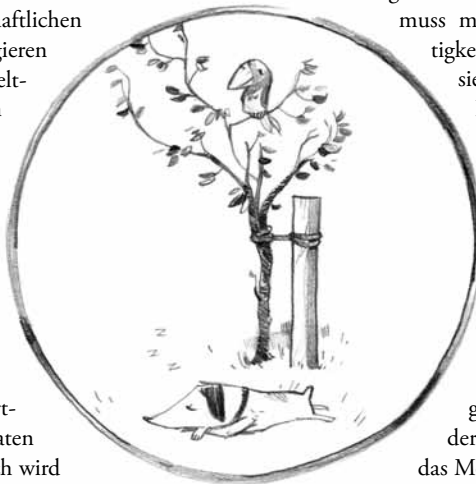
Nachhaltigkeit kann nur als Querschnittsaufgabe funktionieren, ist die Botschaft der Agenda 21. Alle politischen Ebenen, alle gesellschaftlichen Akteure sind gefordert. Auch die Europäische Union (EU) will den Problemen der Ressourcenverknappung und der zunehmenden Armut breiter Bevölkerungsschichten begegnen. 2001 verabschieden die Staats- und Regierungschefs in Göteborg eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie.

Vier Jahre später wird diese überarbeitet und im Juni 2006 vom Europäischen Rat angenommen. Im Dokument selbst heißt es über sein Verhältnis zur sogenannten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung von 2000 und 2005: „Die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung bildet den umfassenden Rahmen, innerhalb dessen die Lissabonner Strategie mit ihrer Neuausrichtung auf Wachstum und Beschäftigung als Motor einer dynamischeren Wirtschaft fungiert. Mit diesen beiden Strategien wird anerkannt, dass sich wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele gegenseitig verstärken können und diese daher gemeinsam vorangebracht werden sollten.“ Anders als bisher werden Themen wie Wirtschaftswachstum und Umweltschutz nicht mehr separat voneinander betrachtet. Stattdessen ist der integrative Ansatz zentraler Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie. So nennt die Strategie als ihre vier Hauptziele neben Umweltschutz außerdem soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt, wirtschaftlichen Wohlstand und die Selbstverpflichtung, internationale Verantwortung wahrzunehmen. Zehn weitere Leitprinzipien verdeutlichen, dass nachhaltiges Handeln als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder begriffen werden muss.

Ein zentrales Leitmotiv auch innerhalb der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie ist es, verschiedene gesellschaftliche Akteure einzubinden und auf die

Prinzipien nachhaltiger Entwicklung zu verpflichten. Neben den Anforderungen an die Politik findet sich unter den Leitprinzipien der Verweis auf eine Stärkung der offenen und demokratischen Gesellschaft und die Notwendigkeit, sowohl Bürgerinnen und Bürgern als auch Unternehmen besser zu beteiligen. Ein Beispiel: Unter dem Themenschwerpunkt *Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion* verdeutlicht die Strategie, wie alle gesellschaftlichen Akteure miteinander interagieren müssen. So soll etwa die Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Produkten gesteigert und der Konsum dieser Produkte gefördert werden. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, strebt die EU außerdem an, ökologische Belange im öffentlichen Beschaffungswesen bis 2010 im EU-Durchschnitt so gut zu berücksichtigen wie die fortschrittlichsten Mitgliedstaaten des Jahres 2006. Grundsätzlich wird eine Förderung des nachhaltigen Konsums und der nachhaltigen Produktion angestrebt, bei der eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Tragfähigkeit der Ökosysteme erfolgt. Im Vordergrund steht dabei die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbeeinträchtigungen.

Dieser schwache Verweis auf die ökologische Tragfähigkeit ist dabei der einzige innerhalb der gesamten Strategie, der die Gleichberechtigung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen Soziales, Ökonomie und Ökologie relativiert. Vielmehr liegt der Strategie grundsätzlich das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit zugrunde, demzufolge die drei Dimensionen ebenbürtig nebeneinander stehen und Zielharmonie herrscht. Soll heißen: Soziale Ziele zu verfolgen, befördert in diesem Verständnis gleichzeitig wirtschaftliche und ökologische Ziele et cetera. Ob diese Gleichberechtigung in der Praxis Sinn macht und überhaupt umsetzbar ist, wird nicht hinterfragt. Dabei bildet das globale Ökosystem unzweifelhaft das Trägersystem für Gesellschaft und Ökonomie. Es fragt sich daher, ob nicht die ökologische Dimension den Rahmen bilden sollte, in dessen Grenzen sich die anderen beiden bewegen müssen. Dem Nachhaltigkeitsdiskurs wird daher auch vorgeworfen, die wahre Systemfrage zu verschleiern: Müssen wir, die Bürger der reichen Industrienationen,



unseren Lebensstandard senken und ganz anders wirtschaften, um den Wohlstand der Welt gerecht zu verteilen? Wie die einzelnen Dimensionen zueinander stehen, ist eine entscheidende Frage für eine Theorie der Nachhaltigkeit, die auch im wissenschaftlichen Diskurs nicht abschließend geklärt ist. Wichtig ist allerdings auch die konkrete Umsetzung der genannten Ziele und Maßnahmen. So muss man der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie zugute halten, dass sie sich im Gegensatz zu anderen Leitlinien und Prinzipien nicht mit normativen Fragestellungen begnügt. Stattdessen setzt sie klar definierte Zielvorgaben für die einzelnen Themenbereiche und nennt Maßnahmen, um sie zu erreichen. Eine Reihe von festgelegten, messbaren Indikatoren hilft dabei, den Fortschritt der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Strategie zu überprüfen und das Monitoring zu vereinfachen.

Während die europäische Nachhaltigkeitsstrategie die Umsetzung der Agenda 21 auf überstaatlicher Ebene zum Ziel hat, wird das Aktionsprogramm auf nationaler Ebene ebenfalls durch Nachhaltigkeitsstrategien begleitet. Innerhalb der EU ergänzen dabei die nationalen Strategien die europäische und dienen als Grundlage für den angesprochenen Monitoringprozess. Als eine Art Gastgeschenk zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg verabschiedet die Bundesregierung 2002 die beim ersten Erdgipfel versprochene Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Unter dem Namen „Perspektiven für Deutschland“ setzt sie dabei ähnliche Akzente wie die EU. Das Papier soll als praktische Orientierungshilfe für nachhaltiges Handeln von Politik und Gesellschaft dienen. Schwerpunkte legt die rot-grüne Bundesregierung insbesondere auf die effiziente Nutzung von Energie für eine aktive Bekämpfung des Klimawandels sowie auf eine Sicherung der Mobilität und einen Strukturwandel zugunsten gesunder Ernährung. Darüber hinaus steht ein aktiv gestalteter demografischer Wandel ebenso auf der To-Do-Liste wie eine Bildungsoffensive, ein Innovationsschub hin zu nachhaltigen Wirtschaftsformen und eine Verminderung der Flächeninanspruchnahme. Neben den alle vier Jahre erstellten Fortschrittsberichten erscheinen alle zwei Jahre Indikatorberichte,

die anhand von 21 Schlüsselindikatoren aufzeigen, wie weit Deutschland vorangekommen ist. Die Indikatoren und Ziele reichen dabei von Artenvielfalt über Bildung bis hin zu Mobilität, Gleichberechtigung und Entwicklungszusammenarbeit.

Ich sehe was, was Du nicht siehst

Die Indikatoren und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategien versuchen, nachhaltige Entwicklung überprüfbar zu machen, um sicherzustellen, dass der wohlklingenden Rhetorik auch Taten folgen. Ob man Nachhaltigkeit ebenso messen und vergleichen kann wie zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) verschiedener Länder, ist allerdings umstritten. Mittlerweile gibt es verschiedene Indizes und Forschungsprojekte, die unter den Stichworten *Beyond GDP* oder *Wohlfahrtsmessung* genau das versuchen. In Deutschland etwa wird bis heute daran gearbeitet, die Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie mit einem Wohlfahrtsindex zu ergänzen. Vergleichsweise bekannt ist der Happy Planet Index (HPI), eingeführt 2006 durch die New Economics Foundation, ein 1986 gegründeter Londoner *think-and-do-tank*. Im Gegensatz zum BIP oder dem von den Vereinten Nationen eingeführten \oplus Human Development Index (HDI) ist der HPI speziell dafür konzipiert, nachhaltige Entwicklung zu messen. Dabei liegt dem HPI das Verständnis zugrunde, dass derjenige Staat am nachhaltigsten ist, dessen Bürger ein erfülltes und zufriedenes Leben führen, eine hohe Lebenserwartung haben und über einen möglichst geringen \oplus ökologischen Fußabdruck verfügen. Die Daten für den Index werden über Befragungen erhoben. Kritiker werfen dem HPI jedoch vor, subjektive Einschätzungen wie Zufriedenheit in Zahlen auszudrücken, was eine Vergleichbarkeit suggeriere, die aber nicht auf Fakten beruhe. Dennoch findet der HPI in politischen Kreisen zunehmend Anerkennung. So nennt zum Beispiel der aktuelle Fortschrittsbericht des Europäischen Parlaments über die genannten Nachhaltigkeitsindikatoren den HPI als eine mögliche zusätzliche Messgröße.

Die Schwierigkeiten, Nachhaltigkeit messbar zu machen, gelten nicht nur auf volkswirtschaftlicher Ebene, sondern auch für den ökologischen Fußabdruck eines einzelnen Produkts. Trotzdem versuchen sich genau daran unterschiedliche unternehmenseigene und -übergreifende Initiativen. Der Aufwand für einen solchen Index ist enorm und die Vergleichbarkeit fragwürdig: Ein Produkt ist meist aus einer Vielzahl von verschiedenen

Materialien und Vorprodukten zusammengesetzt, die über die ganze Welt verteilt abgebaut oder hergestellt werden. Um die Nachhaltigkeit eines Produktes also messbar zu machen, müsste eine Vielzahl von Faktoren aggregiert werden. Auch ist fraglich, ob diese Daten sich überhaupt produktspezifisch erfassen lassen. Das Product Carbon Footprint Projekt etwa konzentriert sich deshalb allein auf den CO₂-Ausstoß, den ein Produkt im Laufe seines Lebenszyklus verursacht. Der Konzern Wal-Mart will stattdessen eine echte Nachhaltigkeitsbilanz für seine Produkte erstellen. Wer Wal-Mart hört, denkt vor allem an Dumpinglöhne und -preise. Doch die zunehmende Aufmerksamkeit für die unternehmerische Gesellschaftsverantwortung, englisch *corporate social responsibility* (CSR), ging auch an diesem Konzern nicht spurlos vorbei. Schon seit 2005 verfolgt Wal-Mart eine ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie und revidiert damit das Bild des schlafenden Riesen ohne soziales und ökologisches Gewissen. Nun will der Konzern einen hauseigenen Nachhaltigkeitsindex einführen. Das ist ambitioniert. Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Den Kunden zu zeigen, wie nachhaltig das jeweilige Produkt ist, kann Kaufentscheidungen beeinflussen. Gerade das weltgrößte Einzelhandelsunternehmen der Welt hat die Macht und die Ressourcen, diesen innovativen Schritt zu wagen. Dass die Nachfrage für nachhaltige Produkte besteht, wenn entsprechende Angebote verfügbar sind, hat Wal-Mart in einer Pilotphase erlebt: Kunden, die eines der 200 als besonders nachhaltig gekennzeichneten Produkte kaufen wollten, mussten sich beeilen, denn das Angebot war schnell ausverkauft.

Nachhaltigkeitsstrategien und -indizes ergänzen sich dabei. Während politische Strategien versuchen, bestimmte gesellschaftliche Prozesse direkt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu steuern, dienen Indizes der Gesellschaft beziehungsweise dem Konsumenten als weitere Informationsquelle, wirken also indirekt: Die notwendige Verhaltensänderung muss dabei bei jedem Einzelnen aus eigenem Antrieb erfolgen. Vorläufige konzeptionelle Ungereimtheiten sollten kein Grund sein, die Hände in den Schoß zu legen: Nur wenn sich Nachhaltigkeit als Grundprinzip des eigenen Handelns durchsetzt, haben wir eine Chance, unsere Erde den nachfolgenden Generationen guten Gewissens zu überlassen. Jedes Kind muss schließlich eines Tages einsehen, dass wir nicht unsichtbar werden, nur weil wir die Augen schließen.

^oLena Strehlow und Philip Strothmann für die Redaktion